

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionspreis: Die Abgabeposten  
Poststelle für Anzeigen aus Aue und  
Umgebung 20 Goldpfennige, aus  
mehrerer Nummern 25 Goldpfennige,  
Mehrwort-Poststelle 60 Goldpfennige,  
sonstige Preise 50 Goldpfennige.

Verstellungen nehmen die Anzeiger  
und für Anzeiger die Anzeiger  
entgegen. — Erscheint  
Sprech- und Anzeiger Nr. 53

Telegramme: Tagblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postkod.-Anzahl: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 39

Freitag, den 15. Februar 1924

19. Jahrgang

### Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Zum 1. März.

Briefwechsel zwischen General v. Seeckt  
und dem Reichspräsidenten.

Der Chef der Heeresleitung General v. Seeckt hat  
am Mittwoch an den Herrn Reichspräsidenten folgen-  
des Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Sie haben mir durch Ihre Verordnung vom 8. No-  
vember 1923 außerordentliche Vollmachten übertragen.  
Ich glaube, daß die Aufgabe, die mir damit zuteil, im  
allgemeinen erfüllt ist: die Staatsanarchie ist so ge-  
festigt, daß sie unter dem Ausnahmezustand eingeleitete  
Sanierung unseres Staats- und Wirtschaftslebens auch  
ohne ihn weitergeführt werden kann. Ich schlage daher  
vor, die Verfügungen vom 26. 9. und vom 8. 11.  
1923 zu Anfang März aufzuheben. Falls Sie,  
sehr verehrter Herr Reichspräsident, diese Auf-  
fassung teilen, bitte ich, sie der Öffentlichkeit bekannt-  
zugeben.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hoch-  
achtung habe ich die Ehre zu sein  
Ihr sehr ergebener gen. v. Seeckt.

Der Herr Reichspräsident hat hierauf folgendes ge-  
antwortet:

Sehr geehrter Herr General!

Auf Ihr geschriebenes Schreiben erwidere ich Ihnen er-  
gebenst, daß ich Ihrer Auffassung über die Lage durch-  
aus beitrete und demgemäß in Uebereinstimmung mit  
dem Herrn Reichsminister beabsichtige, die Verordnun-  
gen über den Ausnahmezustand zum 1. März aufzu-  
heben.

Ich bemerke diese Gelegenheit, um Ihnen, sehr ge-  
ehrter Herr General, namens des Volkes aufrichtigen  
Dank zu sagen für die großen Dienste, die Sie in den  
letzten Monaten unserem Vaterlande geleistet haben.  
Als im vergangenen Herbst die durch äußere Bedrohungen  
und innere Schwereigkeiten aller Art erregte Stim-  
mung größerer Volksteile das staatliche Gefüge und die  
Erhaltung des Reiches ernstlich bedrohte, haben Sie in  
selbstloser Hingabe Ihren Verstand, Ihre Kraft und Ihre  
unerschütterliche Mut übernommen. Ruhe und Sicherheit im  
Lande wiederherzustellen und damit den Boden zu schaf-  
fen, auf dem die harten von ganzem Volke Opfer er-  
fordernden Maßnahmen unserer wirtschaftlichen und fi-  
nanziellen Gesundung durchgeführt werden konnten. Es  
ist mir daher lebhaftes Bedürfnis, Ihnen selbst, Herr  
General, wie der Reichswehr für die Durchführung die-  
ser schweren Aufgabe herzlichsten Dank auszusprechen.  
Mit der Versicherung meiner besonderen Hochschät-  
zung bin ich

Ihr sehr ergebener gen. Ebert.

Nach erstem Einverständnis über die demnäch-  
stige Aufhebung des Ausnahmezustandes mit den betref-  
fenden Reichsministern ist die Prüfung der Frage ver-  
anlaßt, in welcher Weise durch besondere Maßnahmen un-  
sicherer Bestrebungen in Zukunft wirksam ent-  
gegenzutreten ist.

### Die Steuernverordnung unterzeichnet.

Aufwertung auf 15 Prozent.

Nachdem im Laufe des gestrigen Vormittags Ver-  
handlungen der Reichsregierung mit Vertretern der  
Länder stattgefunden haben, ist die dritte Steuernotver-  
ordnung nunmehr unterzeichnet und wird schnellstens  
im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Die Aufwer-  
tungsfrage ist dahin entschieden worden, daß die  
Aufwertung auf 15 Prozent festgelegt worden ist.  
Der Schuldner kann mit Rücksicht auf besondere wirt-  
schaftliche Verhältnisse eine Herabsetzung der Aufwer-  
tung verlangen.

### Resultate der Sachverständigen.

Reparationen nach Leistungsfähigkeit.

Ueber die Goldnotenbank.

Ueber den Bericht der Sachverständigen will das  
„Völk. Abendblatt der National-Zeitung“ erfahren  
haben, er gehe von dem Gesichtspunkt aus, daß Deutsch-  
land nur in dem Maße Reparationen zahlen kann,  
wie der Weltmarkt die Erzeugnisse der deutschen Indu-  
strie aufnehmen und so die deutsche Ausfuhr bedürftig  
werde.

Entgegen vielen anders lautenden Meldungen wer-  
den die Sachverständigen also keinerlei konkrete Sump-  
fen über die von ihnen geschätzte Leistungsfähigkeit  
Deutschlands angeben.

Zur Erklärung der Goldnotenbank erklärt  
das Blatt angeblich aus Kreisen der Sachverständigen u.

a., daß die Bank mit dem Sitz in Deutschland un-  
ter dem Vorbehalt eines Deutschen errichtet werden solle.  
Der Ausschussrat wurde aber zur Hälfte aus Deutschen  
zur Hälfte aus neutralen Finanzleuten bestehen. Die  
Bank wird zuerst im Werte von zwei Milliarden Gold-  
mark Aktien ausgeben, die zu 50 Prozent gedeckt werden  
sollen. Später, mit der Eröffnung der deutschen Wirt-  
schaft wird dann die Deckung langsam auf 33 Prozent  
herabgesetzt werden, so daß der Banknotenumsatz auf  
4,5 Milliarden Goldmark wird erhöht werden können.  
Innerhalb der Goldnotenbank wird eine besondere Ab-  
teilung zur Finanzierung der Reparationszahlungen er-  
richtet werden. Die Sachverständigen sehen überhaupt  
die Eröffnung der deutschen Wirtschaft als eine uner-  
lässliche Vorbedingung an und würden daher die Wie-  
derherstellung der deutschen Zoll- und Wirtschaftsver-  
hältnisse in den besetzten Gebieten empfehlen.

Sie halten ferner eine Reform der deutschen  
Steuergesetzgebung für erforderlich. Nach ihrer  
Meinung können viel mehr Steuern herausgeholt wer-  
den, wenn die Steuerlasten besser verteilt werden. Als  
Ersatz sollen für die internationalen Anleihen die  
Reichsbahnen in Vorschlag gebracht werden. Der Wert  
der deutschen Reichsbahnen schätzt die Sachverständigen  
auf etwa 25 Milliarden Goldmark. Der amerikanische  
Delegierte Young hatte auch eine Unterredung  
mit Hugo Stinnes, die aber privaten Charakter trug.

### Eine Unterredung.

Im Anschluß an eine kurze Unterredung mit Ge-  
neral Dawes ist ein deutscher Journalist der Redaktion  
von einem weiteren hervorragenden amerikanischen Mit-  
glied der Kommission zu einem längeren Interview  
empfangen worden. Bei dem letzteren folgende zwei Fra-  
gen stellte:

1. Welchen Eindruck haben Sie von der deut-  
schen Regierung und denjenigen deutschen Persön-  
lichkeiten, mit denen Sie offiziell in Berührung traten,  
gewonnen? und

2. Glauben Sie, daß sich die Reparations-  
kommission dem Spruch ihres Komitees fügen werde?  
Nach einigem Ueberlegen antwortete der betreffende  
Herr fast wörtlich:

„Die Kommission hat nicht nur den besten, sondern  
den allerbesten Eindruck von sämtlichen offizi-  
ellen und inoffiziellen deutschen Persönlichkeiten, mit  
denen sie in Berührung trat, gewonnen. Jede gewünschte  
Information würde trotz großer technischer Schwierig-  
keiten mit größtmöglicher Beschleunigung von Seiten der  
deutschen Stellen beschafft. Jede erwünschte Auf-  
klärung ist auch von deutscher Industrieleihe gegeben  
worden. Wir sind in der Tat mit unserem Ergebnis  
außerordentlich zufrieden, und ich möchte beim Verlas-  
sen Deutschlands nicht verhehlen, noch einmal in der  
Öffentlichkeit auf den hervorragenden Geist hinzuweisen,  
der die Arbeiten der deutschen und alliierten Unterhän-  
dler besetzt. Alle Berichte von einer angeblichen Sa-  
botage deutscherseits sind ebenso unfundiert wie die  
Meinung, die von einer angeblichen Meinungsverschie-  
denheit oder sogar „Hochspannung“ innerhalb der Kom-  
missionen wiffen wollen. Sie werden verhehlen, daß ich  
mich über nähere Einzelheiten unseres bisherigen Er-  
gebnisses nicht aussprechen kann. Unser Goldnotenbank-  
projekt stellt natürlich nur einen geringen Teil unseres  
Berichtes dar, ebenso wie unsere Untersuchungen über  
die deutsche Reichsbahn, die natürlich nur als einheits-  
liches Ganzes behandeln können; und nun zu Ihrer  
zweiten Frage:

Die Kommission wird aus technischen Gründen kei-  
nen Bericht an die Reparationskommission erstatten und  
dies aus dem einfachen Grunde, weil eben die Repara-  
tionskommission das Sachverständigenkomitee ernannt  
hat. Aber ich glaube, daß unsere Kommission wird  
nicht umhin können, ihren Bericht in demselben  
Augenblick, in dem sie ihn der Reparationskommission  
unterbreitet der gesamten Öffentlichkeit zu übergeben;  
denn vergessen Sie nicht, die ganze Welt  
wartet auf unseren Bericht und die gesamte öffentliche  
Meinung der Welt. Dieser in seiner ungeheuren Größe  
kaum erfassbare Machtfaktor wird letzten Endes den en-  
gültigen Schiedspruch fällen.

### Hauptauschussfassung des deutschen Industrie- und Handelstages in Berlin.

Am Mittwoch wurde in der Berliner Handelskammer  
unter starker Beteiligung von Handelsvertretern aus  
allen Teilen des Reiches die erste Hauptauschussfassung  
des deutschen Industrie- und Handelstages in diesem Jahr ab-  
gehalten. Der Vorsitzende, der Handelskammerpräsident  
Waldow, forderte in einer Begrüßungsansprache u. a.  
wichtige Wiederherstellung der Souveränität der Reichsregie-  
rung über die Wirtschaftspolitik des besetzten Gebietes, Fest-  
legung unserer Reparationsleistungen auf ein angemessenes

Nach Bewilligung eines Moratoriums und Vereinfachung  
einer äußeren Anleihe, ferner sofortige Balanzierung des  
Staatsbudgets, alsbaldige Gründung einer Goldnotenbank  
und schließlich Freiheit der Wirtschaft, freie Preisbildung für  
Waren und Arbeitsleistung. Zu den letzten bedauerlichen Vor-  
gängen am Devisenmarkt erklärte Reichsbankpräsident Dr.  
Schacht, es müsse von Zeit zu Zeit ein Signal gegeben werden,  
durch welches das Verantwortungsbedürfnis in jedem einzel-  
nen getätigt werde. (Gut ausgedrückt)

### Weshalb der Reichspräsident seine Klage gegen Dr. Gansser zurückgezogen hat.

In einem Teil der Presse wird eine Meldung aus Mün-  
chen wiedergegeben, der Reichspräsident habe eine gegen  
Dr. Gansser gerichtete Verhaftungsklage zurückgezogen, trod-  
dem Gansser die Behauptung aufgestellt habe, der Reichsprä-  
sident sei ein Landesverräter, weil er 1918 Leiter im Manti-  
mentarbeiterstreik gewesen sei.

Die man von unrichtiger Seite aus Berlin erfährt, ist  
die Zurückziehung des Strafvertrages aus folgenden Gründen  
erfolgt:

Gansser hat im Juli 1922 den Reichspräsidenten in Mün-  
chen in der angegebenen Weise beleidigt. Da Gansser den  
Wahrheitsbeweis antrat, wurde über die angebliche Teilnahme  
des Reichspräsidenten an dem Berliner Munitionarbeiter-  
streik im Jahre 1918 eine eingehende Beweisaufnahme durch  
etliche Vernehmung einer Reihe von Zeugen, darunter auch  
des Reichspräsidenten selbst veranlaßt.

Die Anklagen aller Zeugen haben ergeben, daß der  
Reichspräsident mit der Vorbereitung und dem Ausbruch  
des Streiks weder direkt noch indirekt etwas zu tun  
gehabt hat

und noch anfänglicher Belagerung schließlich in denselben  
eingekreisten verhielt aus dem einzigen Grunde, Schlim-  
meres zu verhindern und ihn möglichst schnell beza-  
hlen. Trotzdem die Beweisaufnahme eine völlig einwand-  
freie Klärung des Sachverhaltes ergab, hat das Schöffengericht  
München den Reichspräsidenten zur nochmaligen Ver-  
nehmung in der Hauptverhandlung vorgeladen. Da diese  
personelle Vorladung sich mit der Verurteilung der Straf-  
prozessordnung und mit der staatsrechtlichen Stellung des  
Reichspräsidenten nicht vereinbaren läßt und der tatsächliche  
Sachverhalt durch die Beweisaufnahme völlig aufklärt  
hat der Reichspräsident auf Anraten seines Rechtsbeistandes,  
Wolfgang Heine den Strafvertrag zurückgezogen. Er hat sich  
hierzu umso mehr entschlossen, als er infolge des seit der  
Verleumdung mehr als 19 Monate imgeordneten Verfahrens ein  
Interesse an der weiteren Rechtsverfolgung nicht mehr hat.

### Sanktionen gegen Pirasens.

Die Rheinlandkommission greift ein.

Havas berichtet aus Koblenz, daß folgende „Sanktionen“  
aus Anlaß der Pirasenser Ereignisse getroffen worden sind:

1. Die Rheinlandkommission hat einstimmig den Belage-  
rungszustand über Pirasens und Umgebung beibehalten.
2. Die Rheinlandkommission hat einstimmig die Auf-  
hebung der nationalsozialistischen Vereine von Pirasens be-  
schlossen.
3. Die Urheber der Unruhen werden vor ein Kriegsge-  
richt gestellt.
4. Der Verkehr in der Nacht ist verboten.
5. Der Verkehr auf den Rheinbrücken ist verboten.
6. Die deutsche Polizei wird unter Befehl des Militärs  
gestellt.

### Der „Feuerturm“ in Dürheim.

In Dürheim ist es zu einer großen Ansammlung  
der Bevölkerung von Dürheim gekommen. Die Menge  
forderte den sofortigen Abzug der Separatisten. Ein Be-  
auftragter der Bevölkerung verhandelte mit dem separa-  
tistischen „Bezirkskommissar“ Jäger und sicherte beim  
Verlassen des Bezirksamtes freien Abzug nach Ueber-  
gabe der Waffen zu. Jäger ging jedoch auf die Bedin-  
gungen nicht ein und erklärte, er stehe unter dem Schutz  
des französischen Bezirksbevollmächtigten. Daraufhin erklärte  
der Volkbeauftragte, daß er für nichts mehr garantieren  
kann, denn die Menge sei aufs äußerste erregt.  
Zunächst hatte die Volksmenge Steine vor dem Be-  
zirksamtsgelände zusammengetragen, und als die Ver-  
handlungen scheiterten, bombardierten sie das Gebäude,  
auch versuchten sie, mit Feuerwehrgeschützen und Schläu-  
chen die Separatisten aus dem Gebäude zu vertreiben.  
Die Separatisten eröffneten sofort das Feuer auf die  
Menge die aber trotz des Schießens das Gebäude er-  
reichte und auf den Hof des Bezirksamtes warf. Deut-  
sche Gendarmen und Polizeibeamte, die versuchten, die  
Menge zurückzuhalten, wurden überfallen. Darauf setzte  
französische Gendarmen ein, überreichte das Gebäude  
und trieb die Bevölkerung auseinander. Die Separatisten  
sind zum Teil so schwer verwundet, daß an ihrem  
Aufkommen gezweifelt werden kann.

### Eine Ordnungskommission.

Eine aus englischen, belgischen und französischen  
Offizieren bestehende Kommission aus Koblenz ist in

ten.  
stiegen ab-  
regierung  
über die  
gand gab  
eine Ein-  
von diesen  
g der Auf-  
meße zu  
Hypothesen  
sein. Die  
und We-  
eine Auf-  
ng, daß von  
ng gemacht  
te Firma  
Bankfirmen  
worden  
bei diesen  
Bordern-  
enaufträge  
n.  
Macht per-  
ereitschaft.  
t ist ohne  
eigten sind  
gestorben.  
bmann.  
d. S. Aue  
gweil  
Zimmer  
gabote unter  
das Auer  
Zimmer  
stunde  
sofort gesucht.  
1. 500 an  
att erbeten.  
stempel  
arf sofort  
blatt.  
ion  
ent:  
hen  
ren,  
n.  
gert).  
affe  
wahl  
nen  
e.)  
Be II,  
n.  
tritt  
sch.  
570  
ten.  
sche  
er  
nahme  
bet  
ohn.  
(17)